

Armin Bernhard

## **Lockdown und soziale Distanzierung – Anmerkungen zu einem (unfreiwilligen?) gesellschaftspädagogischen Experiment und seinen Folgen**

Zweifle nicht an dem der dir sagt er hat Angst	aber hab Angst vor dem der dir sagt er kennt keinen Zweifel. (Erich Fried)
---	---

Was als ‚Corona-Krise‘ seit Monaten im öffentlichen Bewusstsein zirkuliert, ist eine globale gesellschaftliche Krise des kapitalistisch dominierten wirtschaftlichen Weltsystems. Nicht angezweifelt werden im vorliegenden Beitrag die mit dem Virus verbundenen gesundheitlichen Risiken. Seine Gefährlichkeit insbesondere für ältere bzw. gesundheitlich vorbelastete Menschen wird selbst von Medizinerinnen und Medizinern, denen der Zugang zu den Qualitätsmedien aufgrund ihrer kritischen Positionierung zu den politischen Maßnahmen der Regierung dauerhaft verstellt ist, nicht in Abrede gestellt. Jedoch wird in der folgenden Analyse die demokratisch verbrieft Verpflichtung von Wissenschaft nach Wahrheitssuche in Anspruch genommen, und das heißt in unserem konkreten Zusammenhang: Es sollen die pädagogisch relevanten Grundprämissen und die Folgen der gesellschaftlichen Strategien und des politischen Handelns vor und während der gesellschaftlichen Krise kritisch überprüft werden. Die drastische Maßnahme des Lockdown und die Aussetzung wesentlicher Verfassungselemente zu Beginn der Krise waren anfänglich durchaus umstritten. Darüber hinaus gingen in die Strategien zur Bewältigung der gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung klammheimlich Motive und Interessen ein, deren Kenntnis für die Beurteilung der ergriffenen Strategien nicht unwesentlich sein dürfte. Der Wettbewerb um die Entwicklung und lukrative Vermarktung von Medikamenten und Impfstoffen sowie die beschleunigte Durchsetzung der Digitalisierung sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Die von der Regierung im März 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der gesundheitlichen Gefährdung durch das Corona-Virus können als gesellschaftspädagogisches Experiment verstanden werden, welches auf seine über den Aspekt des Gesundheitsschutzes hinausgehende Sozialisationswirkung zu befragen ist, insofern diese die Lebensverhältnisse unserer Gesellschaft nachhaltig verändert.

## 1. Das gesellschaftspädagogische Experiment

Wenn von einem gesellschaftspädagogischen Experiment die Rede ist, so ist das Wort Experiment nicht im streng wissenschaftlichen Sinne zu verstehen. Bei den im März von der Regierung verhängten Maßnahmen inklusive des Lockdown handelte es sich um ein zunächst nicht geplantes, unsicheres Unternehmen mit offenem Ausgang. Was zunächst als pragmatische Lösungsstrategie im Angesicht der gesundheitlichen Gefährdung gedacht war, geriet jedoch in der Folge zu einem Experiment, aus dessen Einsichten sich mittel- und längerfristig politischer Nutzen ziehen ließ. Wir sprechen von einem *gesellschaftspädagogischen* Experiment, denn das Ziel der politischen Maßnahmen lag in einer längerfristig wirkenden Umstrukturierung des Lebensstils, der Gewohnheiten, der Mentalität und selbstverständlich der Verhaltensweisen der Menschen. Gesellschaftspädagogik meint ein Ensemble gesellschaftlicher Einrichtungen und Prozesse, die darauf gerichtet sind, die gesellschaftliche Reproduktion über die Bearbeitung menschlicher Subjekteigenschaften zu gewährleisten. Die institutionalisierte Bildung (organisierte Kleinkinderziehung, Schule, Einrichtungen der Erwachsenenbildung etc.) repräsentiert nur einen Teil von Gesellschaftspädagogik. Ihr größter Anteil besteht aus der Organisation derjenigen mentalitätsbildenden und verhaltensstrukturierenden Maßnahmen, die sich aus den Erfordernissen der Arbeits-, Produktions- und Lebensverhältnisse einer Gesellschaft ergeben und zum Zwecke ihrer Reproduktion sowie der ihnen entsprechenden Herrschaftsstrukturen ergriffen werden (vgl. Gamm 2017, S. 32). Gesellschaftspädagogisch wirkt eine Gesellschaft über Maßnahmen, die auf die Übernahme der veröffentlichten Meinung, auf kollektiv verbindliche Normierungen und die Verinnerlichung von Verhaltensweisen gerichtet sind, die diesen Normierungen entsprechen.

Das Spezifikum der von Bundesregierung und Landesregierungen ab Mitte März in Gang gesetzten Maßnahmen bestand in dem Umstand, dass individuelle und kollektive Denk- und Verhaltensweisen in relativ kurzer Zeit umstrukturiert und an die neue Situation der durch die WHO ausgerufenen Pandemie angepasst werden sollten. Wir haben es also mit einem beschleunigten Prozess der Umsozialisation bzw. Umerziehung zu tun. Die offiziellen Instrumente der coronabedingten Gesellschaftspädagogik bestanden u. a. aus Kontaktverboten, der Einführung sozialer Abstandsregeln, Hygienevorschriften und

Maskierungsverordnungen. Das Hauptmittel jedoch, das dem gesellschaftspädagogischen Experiment von Beginn zugrunde lag und das Misstrauen gegenüber dem Regierungsapparat hätte schüren müssen, war die Angst, die seit Einsetzen der gesellschaftlichen Krise die Lebensstimmung der Menschen permanent bestimmt. Es ist unerklärlich, weshalb auch innerhalb der politischen Linken (zu ersten Analysen siehe Stanicic/Arnsburg 2020) der Umstand, dass die Begründerinnen und Begründer des Lockdown nicht auf eine aufklärende Vernunft, sondern auf die Erhöhung des Angstpegels der Bevölkerung setzten, nicht zu einem Skandal ersten Ranges erhoben wurde.<sup>1</sup> In bürgerlichen Gesellschaften, die den Anspruch erheben, als freiheitliche vom Prinzip des Urteilsvermögens aller Bürgerinnen und Bürger getragen zu sein, wäre zu erwarten gewesen, dass sie in dieser Krisensituation konsequent auf die Aufklärung der Bevölkerung gesetzt hätten.

Ausgangspunkt unserer Analyse ist ein Strategiepapier (im Folgenden mit „SP“ abgekürzt), das unmittelbar vor dem Lockdown von Wissenschaftlern des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), des Robert-Koch-Instituts (RKI) und der regierungsnahen Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) in Kooperation mit einigen Universitäten verfasst wurde. Schon die personell-disziplinäre Zusammensetzung des Expertenteams lässt eine eindeutige, und das heißt: einseitige Schwerpunktsetzung der geplanten Maßnahmen erkennen. Neben Soziologie und Asienwissenschaft dominierten wirtschaftswissenschaftliche Positionen mit intensiven Kontakten zu der von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie gegründeten, wirtschaftsliberalen *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSW).<sup>2</sup> Das Expertenteam ließ sich von einer von Beginn an äußerst umstrittenen Gefahrendiagnose leiten, deren Kritik bis in das Bundesinnenministerium selbst reichte. Insgesamt bestimmt eine Dramatisierung der gesundheitlichen Bedrohungslage die Aussagen des Do-

---

<sup>1</sup> So überließ die politische Linke das Feld der Kritik der Krisenbewältigungsmaßnahmen weitgehend bürgerlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die diese Strategie beanstandeten (z. B. Reiss/Bhakdi 2020; siehe zu diesem Aspekt auch die Ausführungen von Speisberg/Keil 2020 zu einem späteren Zeitpunkt).

<sup>2</sup> Markus Kerber, Staatssekretär des Bundesinnenministers, früher Hauptgeschäftsführer des BDI, stellte die Gruppe zusammen, der u. a. angehörten: Michael Hüther (IW; Mitglied in der Atlantik-Brücke und in der INSM); Hubertus Bardt (IW; Referent auf Tagungen der INSM); Christoph M. Schmidt (RWI; Mitglied im Kuratorium der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Fritz-Thyssen Stiftung); Boris Augurzky (RWI), Heinz Bude (Universität Kassel). Siehe hierzu den Artikel von Lohse/ Wehner/ Bubrowski 2020 in der FAZ. Die angegebenen Namen wurden dem Verfasser vom BMI bestätigt. Zur INSM vgl. den Eintrag bei der kritischen Internetplattform *Lobbypedia* ([https://lobbypedia.de/wiki/Initiative\\_Neue\\_Soziale\\_Marktwirtschaft#Kuratorium](https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft#Kuratorium); Zugriff 12. 8. 2020).

kuments. Um die Drastik der zu ergreifenden Maßnahmen – Ausgangsbeschränkungen und den „‘Holzhammer‘ [...] der starken sozialen Distanzierung“ (SP 2020, S. 8) – zu rechtfertigen, bezeichnen die Verfasser das „pandemische Covid-19-Virus“ als die „größte Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.“ (Ebd., S. 1). Unter Bezugnahme auf Worst-Case-Szenarien wird davon ausgegangen, dass im Falle einer Unterschätzung der Gefährlichkeit des Virus allein in Deutschland mit über einer Million Toten zu rechnen ist (ebd.).

Dieses SP kann hier nicht in seiner Gesamtkonstruktion analysiert werden, vielmehr interessieren nur diejenigen Aussagen, die sich auf die *Durchsetzung* der zur Eindämmung der viralen Infektion für erforderlich gehaltenen extraordinären Maßnahmen beziehen. Zwei zentrale Aspekte, welche sich auf die Umstellung der Denk- und Verhaltensmuster der Bevölkerung beziehen, stehen dabei im Vordergrund: 1. die Strategie der Angsterzeugung und 2. die Herstellung einer zivilgesellschaftlichen Solidarität.

Unmissverständlich wird in dem vom Bundesinnenministerium veranlassten, als vertraulich deklarierten, jedoch in verschiedenen Zeitungen und Internetforen veröffentlichten Papier „VS – Wie wir Covid 19 unter Kontrolle bekommen“ davon ausgegangen, dass nur die Erzeugung einer „Schockwirkung“ (ebd., S. 13) ermögliche, dass die von der Politik erdachten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt würden.<sup>3</sup> Die ungeschminkte Vergegenwärtigung des Worst Case gehört für die Autorinnen und Autoren des Papiers zum Arsenal des gesellschaftspädagogischen Experiments, das Spiel mit „Urängsten“ und Schuldgefühlen zu seinem Repertoire (vgl. ebd.). Angst vor Krankheit und Tod sowie Schuldgefühle sollten dem Papier zufolge insbesondere auch bei Kindern bewusst geschürt werden, um Gehorsam gegenüber den verordneten Verhaltensregeln zu erzwingen. So formuliert das SP unter der Kategorie der Erzeugung einer Schockwirkung u. a.:

„Kinder werden kaum unter der Epidemie leiden‘: Falsch. Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld (sic!) daran zu sein, weil sie z.B.

---

<sup>3</sup> Naomi Klein hat in ihren Studien überzeugend nachgewiesen, wie die durch Krisen und Katastrophen in der Gesellschaft ausgelösten Schocks im neoliberalen Kapitalismus genutzt werden, um ökonomische und politische Interessen in beschleunigter Weise durchzusetzen (vgl. Klein 2014).

vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“ (Ebd.)

Obwohl das SP auch die Notwendigkeit der umfassenden Informierung der Bevölkerung fordert, wurde eine allumfassende und systematische Aufklärung über Sinn und Notwendigkeit der extraordinären Maßnahmen in der Folge nicht zur Leitlinie der Politik, wie es eigentlich einer der Verfassung nach freiheitlichen Gesellschaft angemessen gewesen wäre, sondern die gezielte Nutzung von Angst, die in großen Teilen der Bevölkerung zu Zuständen der Panik und der Hysterie führte. Statt die Bevölkerung umfassend über das durch das Virus gestellte Grundproblem zu informieren und sie als mündig unterstellte in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, folgten die extraordinären Maßnahmen einer Topdown-Strategie. Der Plan der Erzeugung einer Schockwirkung war mittelfristig durchaus ‚erfolgreich‘, allerdings ohne die psychosozialen und volkswirtschaftlichen ‚Kollateralschäden‘ grundlegend einzukalkulieren (siehe hierzu: Hofbauer/Kraft 2020).

Während auf der einen Seite neben dem Ausbau der Testkapazitäten die „Absenkung der Sozialkontakte“ als Krisenbewältigungsmechanismus empfohlen wird, beschwört das Expertenteam des Lockdown-Begründungspapiers andererseits die „zivilgesellschaftliche Solidarität“ (SP 2020, S. 17; Hervorhebungen nicht übernommen), ohne freilich auf die ihm immanente Paradoxie einzugehen, wie denn der „‘Holzhammer‘ der starken sozialen Distanzierung“ mit dem Ziel der Solidarität überhaupt vereinbart werden könne. Zum Zwecke einer erfolgreichen Bewältigung der Krise, so die weitere Argumentation, seien die staatlichen Behörden auf die Herstellung des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls angewiesen. Zwei Mittel zur Herstellung dieser zivilgesellschaftlichen Solidarität, die im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Krise zu unerträglichem Sozialkitsch verkam – selbst die Mainzelmännchen im Werbefernsehen sahen sich dazu bemüßigt, uns auffordern zu müssen: Stay home! – werden in dem SP empfohlen. Zum einen sei es die Aufgabe eines „gemeinsamen Narrativs“, Zustimmung und Einsicht in die zu ergreifenden Maßnahmen zu gewinnen: Solidarität in der Distanz, „gemeinsam distanziert“, Rücksichtnahme durch Abstand etc., zum anderen bedürfe es einer Gruppe von sich mit der Kampagne identifizierenden Prominenten, Politikerinnen

und Politikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, um den geplanten Strategien Glaubwürdigkeit zu verleihen (vgl. ebd.).

Die heraufbeschworene zivilgesellschaftliche Solidarität erinnert an die Losung von der formierten Gesellschaft in der Anfangsphase der BRD. Die formierte Gesellschaft<sup>4</sup> ist die Vorstellung von einer Gesellschaft ohne Klassen und Klassenkämpfe, in der dem starken autoritären Staat die Aufgabe zukommt, die unterschiedlichen Interessengruppen unter das Gemeinwohl zu zwingen. Die von dem Expertenteam des Lockdown-Papiers anvisierte zivilgesellschaftliche Solidarität zielte als von oben verordnete, künstliche Solidarität auf eine stärkere Bindung der Zivilgesellschaft an den Staat, eine formierende Unterordnung unter politische Direktiven. Sowohl die „physische Nachbargemeinschaft“ wie die „Online-Gemeinschaft“ (ebd.; Hervorhebungen nicht übernommen), so das SP, sollten nicht nur für den Gesundheitsschutz gewonnen, sondern über einen *verordneten Gemeinsinn* in den Kampf gegen Sichtweisen der Krise eingebunden werden, die Zweifel an den extraordinären Maßnahmen artikulieren könnten.<sup>5</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang die letzte Aussage des Begründungspapiers, in der eine neue gesellschaftliche Beziehungsstruktur in Aussicht gestellt wird, eine Aussage, die die extraordinären Regierungsmaßnahmen in einen größeren, die Bewältigung der gesundheitlichen Bedrohung weit übersteigenden Zusammenhang stellt, zugleich ein möglicher Hinweis auf politische Ziele, die sich an die Intention des Gesundheitsschutzes heften: „Nur mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und gemeinsam distanziert voneinander kann diese Krise nicht nur mit nicht allzu großem Schaden überstanden werden, *sondern auch zukunftsweisend sein für eine neue Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat.*“ (Ebd. S. 17; Hervorhebungen, A. B.)

Auch wenn das soeben referierte Dokument keineswegs die einzige Quelle der gesellschaftlichen Strategien gewesen ist und die in ihm entwickelten Empfehlungen sicherlich nicht 1:1 realisiert wurden – die im Lockdown-Begründungspapier angelegte Strategie, weniger auf sachliche Aufklärung denn auf die Erzeugung von Angst zu setzen,

---

<sup>4</sup> Dass der Begriff der Formierung so unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland bereits wieder öffentliche Verwendung fand, wirft ein äußerst negatives Schlaglicht auf die Auseinandersetzung mit der Erfahrung des Faschismus.

<sup>5</sup> Diese zu erwartenden Zweifelsbekundungen werden in dem Text des Expertenteams freilich vorbeugend schon einmal als Fake news bezeichnet.

wurde in den darauf folgenden Monaten konsequent umgesetzt. Viele Kommuniqués, Anordnungen und Maßnahmen der Politik seit Verkündung des Lockdown lesen sich wie die konkrete Umsetzung des von der Expertenkommission erstellten Drehbuchs. Die martialische Sprache der regierenden politischen Klasse („die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“ „Wir sind im Krieg“; „Es geht um Leben und Tod!“; „Das Virus wütet“; „Das Killervirus schreitet unaufhaltsam voran“; „Aufmarsch des Coronavirus“, „Niemand wird mehr so leben können, wie vor der Pandemie“) machte deutlich, dass nicht die Vernunft und das Urteilsvermögen des Souverän angesprochen, sondern seine Urängste mobilisiert werden sollten. Die Bilder von Massengräbern und Leichenkühlcontainern in New York und der Warteschlangen von Särgen vor den Krematorien in der Lombardei, die Videoclips von überfüllten Notaufnahmen und überlastetem medizinischem Personal ließen niemanden unbeeindruckt. Kultursemiotischen Analysen zufolge ist die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Massenmedien von einer „hyperbolische(n) Krisenrhetorik“ gekennzeichnet (Gräf/Hennig 2020, S. 15; siehe auch die Kritik von Schreyer an der ‚Corona‘-Berichterstattung, Schreyer 2020, S. 139 ff.)<sup>6</sup>, eine Charakterisierung, die sicherlich auch für die zahlreichen Privatsender gilt, wie etwa den von der RTL-Group (Bertelsmann, Pearson, Groupe Bruxelles Lambert gegründeten Fernsehsender n-tv, der die Menschen von morgens bis abends mit katastrophischen Nachrichten bombardiert.

Die kulturindustrielle Begleitung der von der Regierung zur Bekämpfung der gesundheitlichen Gefährdung erfolgt seither nach der altbewährten Formel „Zuckerbrot und Peitsche“. Ein paternalistisch-autoritäres Verhältnis der regierenden politischen Klasse zur Bevölkerung wird seit dem im März verhängten Lockdown sichtbar. Eines seiner Ingredienzen ist das antiaufklärerische Prinzip von Lob und Tadel, das die Bevölkerung zu einer Masse konditionierbarer Menschen degradiert, deren Bewusstsein der kritischen Beurteilung gesellschaftlicher Ereignisse als prinzipiell nicht fähig aufgefasst wird. Belobigt wird, wer die gesellschaftlichen Hintergründe der gegenwärtigen Krise nicht zum Thema macht und kritiklos die verordneten Verhaltensweisen umsetzt. Wer dagegen das vorherrschende Narrativ und die in ihm begründeten Maßnahmen anzweifelt, dem/der

---

<sup>6</sup> Näheres zu den rhetorischen und bildlichen Kniffs findet sich in angegebener Studie (vgl. Hennig/Graef 2020).

droht die moralische Totalverurteilung und der Ausschluss aus dem sozialen Verband. Die Politik organisierte eine Gesellschaftspädagogik der Gehorsamsbereitschaft und Gehorsamseinlösung, die Konturen eines autoritären Sozialcharakters wieder hervortreten ließ. In den seelischen Katakomben schlummernde Eigenschaften konnten erfolgreich reaktiviert und damit das Verhalten kontrolliert werden: Ausschaltung des zweifelnden Denkens, ängstliche Befolgung der verordneten Direktiven, Verdrängung alternativer Sichtweisen auf die Krise, Observationsbedürfnisse gegenüber Anderen – alle diese Eigenschaften sind seit dem Lockdown verstärkt im gesellschaftlichen Alltag beobachtbar. Was im kulturindustriell vorangetriebenen Sozialkitsch als ‚Solidarität in der Distanz‘ verkauft wurde, als Wiederherstellung einer im kapitalistischen Wettbewerb längst zerstörten solidarischen Grundeinstellung, war in Wirklichkeit darauf angelegt, die formierende Bindung an die herrschende Ordnung zu festigen.

Mit Hilfe von Gramscis Hegemonietheorie lassen sich die außergewöhnlichen Strategien der Krisenbewältigung abschließend als ein auf der Mischung von Zwangsmaßnahmen und Konsensherstellung beruhendes gesellschaftspädagogisches Experiment bestimmen. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung stützt sich Gramsci zufolge einerseits auf die Ausübung von Herrschaft durch die politische Gesellschaft (Zwang), andererseits aber zusätzlich auf die Organisation von Hegemonie (Führung), eine Aufgabe, die sich vor allem in der Sphäre der Zivilgesellschaft stellt (vgl. Gramsci 1992, S. 783). Die gesellschaftlichen Verhältnisse inklusive ihre Herrschafts- und Machtkonstellationen werden sowohl durch Zwang als auch durch die Herstellung der Zustimmung der Bevölkerung aufgebaut und aufrechterhalten. Um eine Herrschaftsstruktur dauerhaft zu erhalten, bedarf es nach Gramsci nicht ‚nur‘ eines gesellschaftlichen Zwangsapparates, vielmehr muss ihm ein kultureller Sektor zur Seite gestellt werden, in denen das Prinzip der Führung im Vordergrund steht. Die intellektuellen Mitglieder dieses Bereichs müssen in der Lage sein zu *führen*, d. h. den Konsens in die jeweiligen Planungen und Strategien einer herrschenden Gesellschaftsgruppe zu organisieren: durch die Verbreitung von Ideologien, durch Meinungsbildung, durch spezifische Kampagnen. Über die jedem Hegemonie-Verhältnis innewohnenden pädagogischen Einwirkungsmöglichkeiten können die dominanten Gesellschaftsgruppen ohne

Zwangsgewalt, aber dennoch massiv auf die „Geführten“ bzw. „Regierten“ einwirken, um in der Sprache Gramscis zu bleiben (1994, S. 1335). In unserem speziellen Falle wurde diese Aufgabe in erster Linie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Wirtschaftswissenschaft, der Gesundheitsökonomie und der Virologie/Epidemiologie sowie den meisten Politikerinnen und Politikern der politischen Klasse übernommen und von den Einrichtungen der Kulturindustrie vermittelt. Allerdings trat im weiteren Verlauf der Organisation der gesellschaftlichen Krisenbewältigungsmaßnahmen die hegemoniale Strategie der Überzeugung der Bevölkerung hinter den direktiven Maßnahmen weit zurück. Denn eine wirkliche Konsenssicherung hätte eine Entdramatisierung der Bedrohungssituation, eine emotionale Beruhigung der Gesellschaft durch Rücknahme angstauslösender Kommunikates, vor allem aber eine ausgewogene Bewertung der gesellschaftlichen Situation unter Einbeziehung der zahlreichen kritischen Gegenpositionen zu ihrer Voraussetzung gehabt.

## 2 Riskante Implikationen eines gesellschaftspädagogischen Experiments

Die (gesundheits-)politische Maßnahmenkatalog der gesellschaftlichen Krisenbewältigung war im Hinblick auf die Abschätzung seiner möglichen Risiken und Gefahren für die psychosoziale Lebensstimmung und die Subjektentwicklung von vornherein völlig unterkomplex angelegt – darauf deutet bereits die schmale disziplinäre Expertenbasis der Initiierung der Krisenbewältigungsmaßnahmen hin. Die fast ausschließliche Konzentration auf volkswirtschaftliche und gesundheitspolitische Aspekte verstellte den Blick auf die psychosozialen Implikationen und Folgewirkungen. Dass eine relativ abrupt induzierte Veränderung der Haltungen und Verhaltensweisen einer Bevölkerung (Umsozialisation, Umerziehung) nicht ohne Auswirkungen auf die zwischenmenschlichen, insbesondere auch auf die intergenerationellen Beziehungsverhältnisse, aber auch auf die individuellen Selbst-Weltverhältnisse bzw. Lebensstimmungen haben musste, wäre prognostizierbar gewesen. Mit plötzlich veränderten Lebensverhältnissen verändern sich Bewusstseinsformen und psychische Strukturen, wobei deren Umstrukturierung nicht beliebig beschleunigt werden kann. Schon die Beschleunigung kann Faktoren beinhalten, die sich für die Persönlichkeitsentwicklung mittelfristig als problematisch

erweisen können.<sup>7</sup> Im Folgenden können nur einige Aspekte herausgegriffen werden, die die negativen Sozialisationseffekte der gesellschaftlichen Krisenbewältigungsmaßnahmen betreffen.

Wo social distancing, digitalisierte Kommunikation, die Kontrolle des informellen Bewegungsraums und die Maskierung des Alltags umfassend Platz greifen, werden völlig neue Voraussetzungen der Subjektwerdung und der gesellschaftlichen Beziehungsverhältnisse geschaffen. Der veränderte Alltag und die *veränderte Physiognomie des Sozialen* stellt eine belastende Herausforderung an die Subjektwerdung von Kindern und Jugendlichen dar. Der schwerwiegendste Befund liegt in dem Umstand, dass die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen seit Beginn der Krisenbewältigungsmaßnahmen mit autoritären und entmündigenden Mechanismen durchsetzt ist, welche auf der Schockstrategie beruhen. Ein Schock ist ein plötzlich eintretendes, die psychischen Strukturen erschütterndes Ereignis, durch das die Betroffenen in ihrem Denk- und Urteilsvermögen außer Kraft gesetzt sind. In dieser Situation ist das Bewusstsein extrem unterversorgt, die Affekte sind gleichermaßen extrem ansprechbar. Menschen werden verführbar. Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene werden in ihrem Denken, in ihren Gefühlen und in ihrem Handeln Normierungen unterworfen, die ihre Mündigkeitspotenziale und damit ihre Urteilskraft faktisch herabsetzen. Wo keine vernünftigen Diskurse über die Bewältigung der gesellschaftlichen Krise zugelassen werden und eine äußerst selektive Informationspolitik betrieben wird, wo abweichende Bewertungen der gesellschaftlichen Krisensituation ausgegrenzt werden, fehlen den Menschen die Grundlagen zur Betätigung ihres kritischen Urteilsvermögens. Die Verinnerlichung der Normen zu ihrer Bewältigung folgt nicht einer kritischen Prüfung, sondern den von außen vorgegebenen Direktiven – eine für die Substanz einer demokratischen Gesellschaft höchst bedenkliche Tendenz.

Während das SP immerhin noch die Notwendigkeit einer umfassenden Information und Aufklärung der Bevölkerung betont (nach Gramscis Theorie also die Konsenserzeu-

---

<sup>7</sup>Irritierend ist in diesem Zusammenhang das weitgehende Schweigen derjenigen Disziplin, die doch eigentlich zuständig ist für die Reflexion pädagogischer Fragestellungen und Grundprobleme. Doch hat sich die Erziehungswissenschaft mit wenigen Ausnahmen bislang weder zur aus der pädagogischen Sicht höchst problematischen Anlage des politischen Corona-Krisenmanagements noch zu den zu erwartenden mittel- und langfristigen Sozialisationswirkungen geäußert.

gung), scheint diese Einsicht im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Krise verloren gegangen zu sein. Immer mehr konzentrierte sich das politische Krisenmanagement auf die Evozierung von Affekten, der Schock nistete sich allmählich als permanente Angst vor der gesundheitlichen Bedrohung in den Menschen ein. Angst ist ein bewährtes Mittel von Herrschaft, denn sie produziert Subjektzustände der Desorientierung und Einschüchterung, in denen die kritische Vernunft blockiert ist. Angstempfindung ist nicht nur ein evolutionär entstandenes Signal, das den Menschen vor Bedrohungen und Gefahren warnt, sie kann im Rahmen der Subjektwerdung und der Lebensgeschichte von Menschen eine ihre Entwicklung beherrschende, und das heißt: beeinträchtigende Wirkungsmächtigkeit erhalten, wenn sie gezielt intensiviert wird, um Gefügbarkeit und Folgebereitschaft zu erzeugen. Diffuse, unbearbeitete Ängste wirken toxisch auf das Vernunftvermögen, sie schränken das Bewusstsein, erst recht das zweifelnde Denken, gravierend ein, das doch für die kritische Beurteilung unabdingbar ist. Das Bewusstsein wird gleichzeitig seiner sozioemotionalen Grundlage beraubt, durch welche kritisches Denk- und Urteilsvermögen überhaupt erst praktisch freigesetzt und damit wahrnehmbar werden kann. Übermächtige Angstzustände untergraben die streitbare Zivilcourage, die dem kritisch-widerständigen Denken die notwendige Triebkraft verleiht. Sie lähmen die Artikulation der Kritik ebenso wie die Handlungsbereitschaft, verfestigen Knechtschaft. Wo in einem gesellschaftlichen Klima Angst vorherrschend wird, steigt die kollektive Lenkbarkeit von Menschen, weil die Erkenntnis- und Reflexionspotenziale ebenso wie die Triebkräfte ihrer Anwendung heruntergefahren werden.<sup>8</sup> Wo Ängste eine Bevölkerung anstecken, können Hysterie und Panik erzeugt werden, Zustände, in denen Menschen zu einer vernunftorientierten Überprüfung gesellschaftlicher Vorgaben kaum noch fähig sind. Wenn Angst gar im Gesellschafts-Charakter vorherrschend wird, werden Eigenschaften des autoritären Gesellschaftscharakters reaktiviert, steigt die Wahrscheinlichkeit der Folgsamkeit gegenüber politischen Direktiven. Diese Mechanismen der Nutzung von Ängsten für die Erzeugung von Gehorsamsbereitschaft stellen ein Potenzial der Bedrohung einer emanzipativen Gesellschaftsentwicklung dar.

---

<sup>8</sup> Schon Le Bon und Freud haben in ihrer Massenpsychologie diese Mechanismen hinreichend offengelegt.

Ein letzter Aspekt betrifft die veränderte Physiognomie des Sozialen, in der eine hochproblematische Entwicklungstendenz des gesellschaftlichen Zusammenlebens eingelagert ist. Wie sich die veränderte Physiognomie des Sozialen auf die Subjektwerdung und die Lebensstimmung von Kindern und Jugendlichen auswirken wird – darüber hat sich die Gesellschaft weit weniger Gedanken gemacht als über die Digitalisierung des Unterrichts. Wie sollen Kinder Solidarität entwickeln, wenn die Schranken bestehen bleiben, die die soziale Distanzierung erfordert? Auf welche Weise sollen verlässliche soziale Beziehungen aufgebaut werden, wenn elektronische Netzwerke und Online-Unterricht die interpersonelle Kommunikation immer weiter aushöhlen, gar als ideale Krisenlösungsstrategie glorifiziert werden? Wie werden Kinder sozial alphabetisiert, wenn ihnen durch die Maskierung wichtige Möglichkeiten zum Aufbau ihrer sozialen Wahrnehmung und damit zur Orientierung in den sozialen Beziehungsverhältnissen entzogen werden?<sup>9</sup> Angesichts fehlender wissenschaftlicher Begründungen für positive Wirkungen von Mund- und Nasenschutz bei Kindern wirkt die Ignoranz der Politik gegenüber seinen negativen Folgen geradezu fahrlässig: Abgesehen von den physischen Beeinträchtigungen und den gespenstisch wirkenden, angstausslösenden Wirkungen der sozialen Maskierung werden Kinder durch ebendiese in elementaren Entwicklungsbedürfnissen und Erkenntnissen beschnitten. Mimische Ausdrucksformen entfallen zunehmend als Erfahrungsquelle, soziale Wahrnehmung wird depotenziert, die Zueignung „signifikanter Gesten“ (Mead) erheblich erschwert. Die ohnehin krisenanfällige interpersonelle Kommunikation, identitätsstiftender Faktor in der Persönlichkeitsentwicklung, gerät zu einem undurchsichtigen, unkalkulierbaren Vorgang ohne verlässliche Momente der Verständigung. Es steht zu vermuten, dass Ausgangsbeschränkungen, die Absenkung sozialer Kontakte, die Einführung sozialer Abstandsformationen, die Verpflichtung zur Maskierung, die Verstärkung digitaler ‚Kommunikation‘, die staatliche Kontrolle informeller sozialer Netzwerke etc. die Identitätsentwicklung von Kindern und Jugendlichen erheblich beeinträchtigen wird, da ihnen in dieser restringierten und kontrollierten Corona-Welt eine Vielzahl von Erfahrungen verwehrt wird, die doch für den Aufbau und die

---

<sup>9</sup> Deutlich beschrieben wird dieser Sachverhalt in einem Offenen Brief von Ärztinnen und Ärzten, Pädagoginnen und Pädagogen an die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vom 4. 8. 2020 (<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/corona-mund-nasen-schutz-schule-offener-brief-aerzte-100.html>). Siehe auch die Stellungnahme des Erziehungswissenschaftlers Klaus Zierer (2020).

Verwirklichung ihrer Persönlichkeit unverzichtbar sind. Mit ihren Krisenbewältigungsmaßnahmen hat die Politik einen Sozialisationsrahmen geschaffen, der gegen die zentrale anthropologische Grundannahme verstößt, dass der Mensch in seiner Subjektwerdung auf interpersonelle Beziehungen fundamental angewiesen ist, über die allein er sein Welt- und Selbstverständnis aufbauen kann.

### 3 Was kann die Pädagogik tun?

In einer kurzfristigen Perspektive liegt die zentrale Aufgabe der Pädagogik in der Formulierung und Verbreitung einer grundlegenden, pädagogisch begründeten Kritik an den im Zusammenhang mit dem Coronavirus ergriffenen Maßnahmen des politischen Krisenmanagements. Sie hat diese vor allem im Hinblick auf die Folgen für die Entwicklung und Sozialisation von Kindern und Jugendlichen kritisch zu beurteilen und ihre Beanstandung in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Der Gesellschaft scheint nicht (mehr?) bewusst zu sein, was wir Kindern antun, wenn wir ihnen Schuldgefühle vermitteln, ihre Handlungen mit Panik und Angst belegen, ihre Freundschaftsbeziehungen massiv beschneiden und sie zwingen, ihre Gesichter hinter unhygienischen Masken zu verschleiern. Auch hinsichtlich einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive sind die gesellschaftspädagogischen Krisenbewältigungsmaßnahmen kontraproduktiv, insofern eine unter Schock und Angst, unter Einschüchterung und Restriktion sich vollziehende Kindheit und Jugend für eine zukunftsfähige Gesellschaft kontraproduktiv ist.

Ein interessanter Sachverhalt besteht darin, dass sowohl die Strategien der Krisenbewältigung wie die so genannten ‚strengen‘ Hygiene-Konzepte, die allerorten eifrig entwickelt und ‚kommuniziert‘ werden, eine grundlegende Dimension von Gesundheit völlig vermissen lassen, nämlich die der *psychischen* und *geistigen Gesundheit*. Ihre Gewährleistung müsste für die Gesellschaft der Ermöglichung körperlicher Gesundheit doch eigentlich ebenbürtig sein. Ist Pädagogik in einem emphatischen Verständnis ein Projekt, das die individuelle und kollektive Mündigkeit der Gesellschaft aufzubauen und immer wieder neu zu kräftigen hat, so muss es ihr gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituation darum gehen, die in Kindheit und Jugend immer enthaltenen rebellischen Potenziale auch gegen illegitime Zugriffe zu erhalten und freizusetzen.

Den Emanzipations- und Autonomiebedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ist gerade angesichts der gesellschaftlichen Krisensituation zum Ausdruck zu verhelfen. Pädagogik darf eine Einkapselung von Kindern und Jugendlichen in der Zwangsjacke der staatlich verordneten Corona-Maßnahmen nicht zulassen, sie darf die zweifelsohne dem Instrumentarium der Schwarzen Pädagogik entlehnten Methoden der Erzeugung von Angst und Schuldgefühlen bei Kindern nicht hinnehmen.

Zuwachs an Mündigkeit bedeutet aber auch elementar, die freigesetzten existenziellen Ängste zur Sprache zu bringen: Sie können nicht durch intellektuelle Diskurse bekämpft werden, erst auf der Basis ihrer Respektierung können sie ihrer Irrationalität entwaffnet werden, die sie für Manipulationen jedweder Art nutzbar macht. Pädagogik muss ein Antwort auf die Frage finden, wie die für eine emanzipative Subjektwerdung und für die Zukunft einer von ihrer Wurzel her demokratisch zu fundamentierenden Gesellschaft unerlässlichen, während der Krise unter Druck geratenen Subjekteigenschaften wie z. B. Reaktanz, geistiges Widerstandsvermögen, Kritikfähigkeit restrukturiert und stabilisiert werden können. Die geistige und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu sichern, bedeutet, das kindliche und jugendliche Subjektvermögen in der kritischen Beurteilung der verordneten Maßnahmen konsequent zu stärken. Gerade im gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmezustand gilt es, Adornos Maxime umzusetzen: die Heranwachsenden dazu zu befähigen, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“ (Adorno 1951, S. 67) Pädagogik hat neben ihrer Aufgabe der gesundheitlichen Aufklärung und Bildung die mit ihrer Mündigkeitsperspektive verbundene Pflicht, eine Art Kritik der Politischen Ökonomie der gegenwärtigen Gesellschaftskrise zu ermöglichen, und das heißt die unterschiedlichen ökonomisch-gesellschaftlichen Interessen aufzudecken, die sich mit der gesundheitlichen Bedrohung durch das Coronavirus und den Strategien seiner Bekämpfung von Beginn an verquickt haben. In der Bildungsarbeit ist dringlich darauf hinzuwirken, Kindern und Jugendlichen neben der offiziellen politischen Deutungsversion der Krise auch sämtliche alternativen Einschätzungen der gegenwärtigen Krise und ihren Bewältigungsstrategien zu präsentieren und zu diskutieren, anstatt jene pauschal als Verschwörungstheorien zu denunzieren.

## Literatur:

Adorno, Theodor Wiesengrund (1951): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben.* Frankfurt a. Main: Suhrkamp

Bundesinnenministerium (2020): VS – Wie wir covid 19 unter Kontrolle bekommen (<https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/> ; Zugriff: 15. 4. 2020)

Gräf, Dennis/Martin Hennig (2020): Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate *ARD Extra – Die Coronalage* und *ZDF Spezial*. In: *Magazin des DFG Graduiertenkollegs Privatheit und Digitalisierung* 14/2020, S. 14–20

Fried, Erich (1978): *100 Gedichte ohne Vaterland.* Berlin: Wagenbach

Gamm, Hans-Jochen (2017): *Allgemeine Pädagogik.* Reinbek: Rowohlt

Gramsci, Antonio (1992): *Gefängnishefte. Band 1.* Hamburg: Argument

Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte. Band 6.* Hamburg: Argument

Hofbauer, Hannes/Stefan Kraft (2020): *Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern.* Wien: Promedia

Klein, Naomi (2014): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus.* 5. Auflage. Frankfurt a. M.: S. Fischer

Lohse, Eckart/Markus Wehner/Helene Bubrowski (2020): *Wie sagt man es den Leuten. Düstere Szenarien oder Appell an die Einsicht der Bürger: Wie die Regierung in dieser Krise kommunizieren kann.* *Frankfurter Allgemeine Zeitung.* 2. 4. 2020 (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2020-04-02/f8e7cfb89e5590d367435a9fa8a0a702/?GEPC=s5>; Zugriff 4. 8. 2020)

Lobbypedia: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ([https://lobbypedia.de/wiki/Initiative\\_Neue\\_Soziale\\_Marktwirtschaft](https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft); Zugriff: 12. 8. 2020)

Reiss, Karina/Sucharit Bhakdi (2020) (Hrsg.): *Corona – Fehllarm?, Daten, Fakten, Hintergründe,* Wien: Goldegg

Schreyer, Paul (2020): *Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte,* Frankfurt a. M.: Westend

Speisberg, Angel/Ulrich Keil (2020): *Fehlgerechnet.* In: *Taz,* 10. 8. 2020, S. 12

Stanicic, Sascha/René Arnsburg (Hrsg) (2020): *Pandemische Zeiten. Corona, Kapitalismus, Krise und was wir dagegen tun können.* Berlin: Manifest

WDR (2020) *Offener Brief: Ärzte gegen Maskenpflicht für Schüler* (<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/corona-mund-nasen-schutz-schule-offener-brief-aerzte-100.html>); Zugriff 12. 8. 2020

Zierer, Klaus (2020): *Bitte Maß halten – Corona und Schule.* In: *Neue Züricher Zeitung,* 24. 8. 2020, S. 7

(Der vorliegende Beitrag ist bestimmt für einen von Johannes Kniffki, Ronald Lutz und Jan Steinhausen herausgegebenen Band „Corona, Sozialarbeit und Gesellschaft“; erscheint Frühjahr 2021).